

GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GOVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/203681]

6. MAI 2024 — Dekret zur Abberufung von öffentlichen Mandataren (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

Artikel 1 - In Artikel 8 des Dekrets vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 8 November 2004, wird folgender § 2.1 eingefügt:

„§ 2.1 - Unbeschadet der im vorliegenden Dekret oder im allgemeinen Recht enthaltenen Bestimmungen in Sachen Abberufungsrecht kann das Parlament aus eigener Initiative, auf Vorschlag einer der in Artikel 8 § 1 vorgesehenen Fraktionen oder auf Vorschlag des Rates ein von ihm gemäß § 2 bezeichnetes Mitglied unter folgenden Bedingungen und zu jedem Zeitpunkt abberufen:

1. wenn ihm ein schwerwiegender Fehler oder eine grobe Fahrlässigkeit bei der Ausübung seines Mandats nachgewiesen werden kann oder

2. wenn ihm eine Handlung oder ein Verhalten, das mit der Ausübung seines Mandats unvereinbar ist, nachgewiesen werden kann oder

3. wenn ihm nachgewiesen werden kann, dass es die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze nicht respektiert, bzw. wenn es Mitglied einer Organisation, Partei, Vereinigung oder juristischen Person ist, die die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze missachtet:

- Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und

- Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkrieges vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes.

Eine Abberufung gemäß Absatz 1 erfolgt nach vorheriger Anhörung vor dem vom Parlament bezeichneten Gremium, zu der das betroffene Mitglied sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen darf.

Das Parlament wählt für den verbleibenden Zeitraum ein neues Mitglied in den Rat. Ein abberufenes Mitglied ist für die verbleibende und die darauffolgende Mandatszeit nicht wieder wählbar.“

Art. 2 - Artikel 18 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, abgeändert durch das Dekret vom 16. Januar 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 3 Absatz 2 Nummer 4 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. In § 3 Absatz 2 wird folgende Nummer 5 eingefügt:

„5° wenn die Regierung ein Verwaltungsratsmitglied gemäß § 6 abberuft.“

3. Folgender § 6 wird eingefügt:

„§ 6 - Unbeschadet der im vorliegenden Dekret oder im allgemeinen Recht enthaltenen Bestimmungen in Sachen Abberufungsrecht kann die Regierung aus eigener Initiative, auf Vorschlag einer der in Artikel 17 § 1 vorgesehenen Vorschlagsinstanzen oder auf Vorschlag des Verwaltungsrates ein von ihr in den Verwaltungsrat ernanntes Mitglied unter folgenden Bedingungen und zu jedem Zeitpunkt abberufen:

1. wenn ihm ein schwerwiegender Fehler oder eine grobe Fahrlässigkeit bei der Ausübung seines Mandats nachgewiesen werden kann oder

2. wenn ihm eine Handlung oder ein Verhalten, das mit der Ausübung seines Mandats unvereinbar ist, nachgewiesen werden kann oder

3. wenn ihm nachgewiesen werden kann, dass es die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze nicht respektiert, bzw. wenn es Mitglied einer Organisation, Partei, Vereinigung oder juristischen Person ist, die die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze missachtet:

- Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und

- Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkrieges vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes.

Eine Abberufung gemäß Absatz 1 erfolgt nach vorheriger Anhörung, zu der das betroffene Mitglied sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen darf. Die Regierung legt die weiteren Modalitäten bezüglich des Abberufungsverfahrens fest.

Die Regierung ernannt für den verbleibenden Zeitraum ein neues Mitglied in den Verwaltungsrat. Ein abberufenes Mitglied kann für die verbleibende und die darauffolgende Mandatszeit nicht wieder in den Verwaltungsrat ernannt werden.“

Art. 3 - Artikel 22 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens, abgeändert durch das Dekret vom 13. November 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Der bisherige Absatz 1 wird zu § 1.
2. Der bisherige Absatz 2 wird zu § 2 Absatz 1.
3. In § 2 werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

„Unbeschadet der im vorliegenden Dekret oder im allgemeinen Recht enthaltenen Bestimmungen in Sachen Abberufungsrecht kann die Regierung aus eigener Initiative, auf Vorschlag einer der in Artikel 21 § 1 vorgesehenen Vorschlagsinstanzen oder auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses ein von ihr in den Verwaltungsausschuss bestelltes Mitglied unter folgenden Bedingungen und zu jedem Zeitpunkt abberufen:

1. wenn ihm ein schwerwiegender Fehler oder eine grobe Fahrlässigkeit bei der Ausübung seines Mandats nachgewiesen werden kann oder
2. wenn ihm eine Handlung oder ein Verhalten, das mit der Ausübung seines Mandats unvereinbar ist, nachgewiesen werden kann oder

3. wenn ihm nachgewiesen werden kann, dass es die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze nicht respektiert, bzw. wenn es Mitglied einer Organisation, Partei, Vereinigung oder juristischen Person ist, die die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze missachtet:

- Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und

- Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkrieges vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes.

Eine Abberufung gemäß Absatz 2 erfolgt nach vorheriger Anhörung, zu der das betroffene Mitglied sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen darf. Die Regierung legt die weiteren Modalitäten bezüglich des Abberufungsverfahrens fest.“

4. Der bisherige Absatz 3 wird zu § 3.
5. § 3 wird wie folgt abgeändert:

1. Das Wort „ausscheidet“ wird durch die Wortfolge „ausscheidet oder abberufen wird“ ersetzt.
2. Folgender Satz wird eingefügt:

„Ein gemäß § 2 Absatz 2 abberufenes Mitglied kann für die verbleibende und die darauffolgende Mandatszeit nicht wieder in den Verwaltungsausschuss bestellt werden.“

Art. 4 - Artikel 10 des Dekrets vom 22. Mai 2023 zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung wird wie folgt abgeändert:

1. Der bisherige Absatz 1 wird zu § 1.
2. Der bisherige Absatz 2 wird zu § 2 Absatz 1.
3. In § 2 werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

„Unbeschadet der im vorliegenden Dekret oder im allgemeinen Recht enthaltenen Bestimmungen in Sachen Abberufungsrecht kann die Regierung aus eigener Initiative, auf Vorschlag einer der in Artikel 9 Absatz 1 vorgesehenen Vorschlagsinstanzen oder auf Vorschlag des Verwaltungsrates ein von ihr in den Verwaltungsrat bestelltes Mitglied unter folgenden Bedingungen und zu jedem Zeitpunkt abberufen:

1. wenn ihm ein schwerwiegender Fehler oder eine grobe Fahrlässigkeit bei der Ausübung seines Mandats nachgewiesen werden kann oder
2. wenn ihm eine Handlung oder ein Verhalten, das mit der Ausübung seines Mandats unvereinbar ist, nachgewiesen werden kann oder

3. wenn ihm nachgewiesen werden kann, dass es die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze nicht respektiert, bzw. wenn es Mitglied einer Organisation, Partei, Vereinigung oder juristischen Person ist, die die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze missachtet:

- Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und

- Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkrieges vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes.

Eine Abberufung gemäß Absatz 2 erfolgt nach vorheriger Anhörung, zu der das betroffene Mitglied sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen darf. Die Regierung legt die weiteren Modalitäten bezüglich des Abberufungsverfahrens fest.“

4. Der bisherige Absatz 3 wird zu § 3.
5. § 3 wird wie folgt abgeändert:

1. Das Wort „ausscheidet“ wird durch die Wortfolge „ausscheidet oder abberufen wird“ ersetzt.
2. Folgender Satz wird eingefügt:

„Ein gemäß § 2 Absatz 2 abberufenes Mitglied kann für die verbleibende und die darauffolgende Mandatszeit nicht wieder in den Verwaltungsrat bestellt werden.“

Art. 5 - Artikel 15 Dekrets vom 13. November 2023 über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung wird wie folgt abgeändert:

1. Der bisherige Absatz 1 wird zu § 1.
2. Der bisherige Absatz 2 wird zu § 2 Absatz 1.

3. In § 2 werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

“Unbeschadet der im vorliegenden Dekret oder im allgemeinen Recht enthaltenen Bestimmungen in Sachen Abberufungsrecht kann die Regierung aus eigener Initiative, auf Vorschlag einer der in Artikel 14 § 1 Absatz 1 vorgesehenen Vorschlagsinstanzen oder auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses ein von ihr in den Verwaltungsausschuss bestelltes Mitglied unter folgenden Bedingungen und zu jedem Zeitpunkt abberufen:

1. wenn ihm ein schwerwiegender Fehler oder eine grobe Fahrlässigkeit bei der Ausübung seines Mandats nachgewiesen werden kann oder

2. wenn ihm eine Handlung oder ein Verhalten, das mit der Ausübung seines Mandats unvereinbar ist, nachgewiesen werden kann oder

3. wenn ihm nachgewiesen werden kann, dass es die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze nicht respektiert, bzw. wenn es Mitglied einer Organisation, Partei, Vereinigung oder juristischen Person ist, die die in den nachstehenden Rechtstexten festgelegten demokratischen Grundsätze missachtet:

- Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen, und

- Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkrieges vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes.

Eine Abberufung gemäß Absatz 2 erfolgt nach vorheriger Anhörung, zu der das betroffene Mitglied sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen darf. Die Regierung legt die weiteren Modalitäten bezüglich des Abberufungsverfahrens fest.”

4. Der bisherige Absatz 3 wird zu § 3.

5. § 3 wird wie folgt abgeändert:

1. Das Wort “ausscheidet” wird durch die Wortfolge “ausscheidet oder abberufen wird” ersetzt.

2. Folgender Satz wird eingefügt:

“Ein gemäß § 2 Absatz 2 abberufenes Mitglied kann für die verbleibende und die darauffolgende Mandatszeit nicht wieder in den Verwaltungsausschuss bestellt werden.”

Art. 6 - Das vorliegende Dekret tritt am 1. September 2024 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Eupen, den 6. Mai 2024

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

—
Fußnote

(1) Sitzungsperiode 2023-2024

Nummerierte Dokumente: 318 (2023-2024) Nr. 1 Dekretvorschlag

318 (2023-2024) Nr. 2 Gutachten des Staatsrats

318 (2023-2024) Nr. 3 Abänderungsvorschläge

318 (2023-2024) Nr. 4 Bericht

318 (2023-2024) Nr. 5 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 6. Mai 2024 - Nr. 73 Diskussion und Abstimmung

—
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2024/203681]

6 MAI 2024. — Décret relatif à la révocation de mandataires publics (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Article 1^{er}. Dans l'article 8 du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, modifié en dernier lieu par le décret du 8 novembre 2004, il est inséré un § 2.1 rédigé comme suit :

« § 2.1 - Sans préjudice des dispositions figurant dans le présent décret ou dans le droit commun en matière de droit de révocation, le Parlement peut, de sa propre initiative, sur proposition de l'un des groupes prévus à l'article 8, § 1^{er}, ou sur proposition du conseil, révoquer un membre qu'il a désigné conformément au § 2 dans les conditions suivantes et à tout moment :

1° s'il peut être prouvé qu'il a commis une faute grave ou une négligence grave lors de l'exercice de son mandat ou

2° s'il peut être prouvé qu'il a effectué une action ou a eu un comportement incompatibles avec l'exercice de son mandat ou

3° s'il peut être prouvé qu'il ne respecte pas les principes démocratiques énoncés dans les textes juridiques énumérés ci-après ou, selon le cas, s'il est membre d'une organisation, d'un parti, d'une association ou d'une personne morale qui ne respecte pas lesdits principes :

- la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie, et

- la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste allemand pendant la seconde guerre mondiale.

Il est procédé à une révocation conformément à l'alinéa 1^{er} après la tenue d'une audition préalable devant l'organe désigné par le Parlement, lors de laquelle le membre concerné peut se faire accompagner de la personne de son choix.

Le Parlement élit un nouveau membre au conseil pour la période restante. Un membre révoqué ne peut être à nouveau éligible pour la durée de mandat restante et suivante. »

Art. 2. À l'article 18 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME, modifié par le décret du 16 janvier 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 3, alinéa 2, 4°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule ;

2° dans le § 3, l'alinéa 2 est complété par un 5° rédigé comme suit :

« 5° lorsque le Gouvernement révoque un membre du conseil d'administration conformément au § 6. » ;

3° l'article est complété par un § 6 rédigé comme suit :

« § 6 - Sans préjudice des dispositions figurant dans le présent décret ou dans le droit commun en matière de droit de révocation, le Gouvernement peut, de sa propre initiative, sur proposition de l'une des instances de proposition prévues à l'article 17, § 1^{er}, ou sur proposition du conseil d'administration, révoquer un membre qu'il a nommé au conseil d'administration dans les conditions suivantes et à tout moment :

1° s'il peut être prouvé qu'il a commis une faute grave ou une négligence grave lors de l'exercice de son mandat ou

2° s'il peut être prouvé qu'il a effectué une action ou a eu un comportement incompatibles avec l'exercice de son mandat ou

3° s'il peut être prouvé qu'il ne respecte pas les principes démocratiques énoncés dans les textes juridiques énumérés ci-après ou, selon le cas, s'il est membre d'une organisation, d'un parti, d'une association ou d'une personne morale qui ne respecte pas lesdits principes :

- la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie, et

- la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste allemand pendant la seconde guerre mondiale.

Il est procédé à une révocation conformément à l'alinéa 1^{er} après la tenue d'une audition préalable lors de laquelle le membre concerné peut se faire accompagner de la personne de son choix. Le Gouvernement fixe les autres modalités relatives à la procédure de révocation.

Le Gouvernement nomme un nouveau membre au conseil d'administration pour la période restante. Un membre révoqué ne peut être nommé à nouveau au conseil d'administration pour la durée de mandat restante et suivante. »

Art. 3. À l'article 22 du décret du 13 décembre 2016 relatif aux mesures en matière de vie autodéterminée, modifié par le décret du 13 novembre 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'actuel alinéa 1^{er} devient le § 1^{er} ;

2° l'actuel alinéa 2 devient le § 2, alinéa 1^{er} ;

3° le § 2 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Sans préjudice des dispositions figurant dans le présent décret ou dans le droit commun en matière de droit de révocation, le Gouvernement peut, de sa propre initiative, sur proposition de l'une des instances de proposition prévues à l'article 21, § 1^{er}, ou sur proposition du comité de gestion, révoquer un membre qu'il a désigné au comité de gestion dans les conditions suivantes et à tout moment :

1° s'il peut être prouvé qu'il a commis une faute grave ou une négligence grave lors de l'exercice de son mandat ou

2° s'il peut être prouvé qu'il a effectué une action ou a eu un comportement incompatibles avec l'exercice de son mandat ou

3° s'il peut être prouvé qu'il ne respecte pas les principes démocratiques énoncés dans les textes juridiques énumérés ci-après ou, selon le cas, s'il est membre d'une organisation, d'un parti, d'une association ou d'une personne morale qui ne respecte pas lesdits principes :

- la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie, et

- la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste allemand pendant la seconde guerre mondiale.

Il est procédé à une révocation conformément à l'alinéa 2 après la tenue d'une audition préalable lors de laquelle le membre concerné peut se faire accompagner de la personne de son choix. Le Gouvernement fixe les autres modalités relatives à la procédure de révocation. » ;

4° l'actuel alinéa 3 devient le § 3 ;

5° au § 3, les modifications suivantes sont apportées :

1° les mots « qui a cessé de faire partie » sont remplacés par les mots « qui a cessé de faire partie ou est révoqué » ;

2° le § 3 est complété par la phrase suivante :

« Un membre révoqué conformément au § 2, alinéa 2, ne peut être désigné à nouveau au comité de gestion pour la durée de mandat restante et suivante. »

Art. 4. À l'article 10 du décret du 22 mai 2023 portant création d'un Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'actuel alinéa 1^{er} devient le § 1^{er} ;

2° l'actuel alinéa 2 devient le § 2, alinéa 1^{er} ;

3° le § 2 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Sans préjudice des dispositions figurant dans le présent décret ou dans le droit commun en matière de droit de révocation, le Gouvernement peut, de sa propre initiative, sur proposition de l'une des instances de proposition prévues à l'article 9, alinéa 1^{er}, ou sur proposition du conseil d'administration, révoquer un membre qu'il a désigné au conseil d'administration dans les conditions suivantes et à tout moment :

1° s'il peut être prouvé qu'il a commis une faute grave ou une négligence grave lors de l'exercice de son mandat ou

2° s'il peut être prouvé qu'il a effectué une action ou a eu un comportement incompatibles avec l'exercice de son mandat ou

3° s'il peut être prouvé qu'il ne respecte pas les principes démocratiques énoncés dans les textes juridiques énumérés ci-après ou, selon le cas, s'il est membre d'une organisation, d'un parti, d'une association ou d'une personne morale qui ne respecte pas lesdits principes :

- la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie, et

- la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste allemand pendant la seconde guerre mondiale.

Il est procédé à une révocation conformément à l'alinéa 2 après la tenue d'une audition préalable lors de laquelle le membre concerné peut se faire accompagner de la personne de son choix. Le Gouvernement fixe les autres modalités relatives à la procédure de révocation. » ;

4° l'actuel alinéa 3 devient le § 3 ;

5° au § 3, les modifications suivantes sont apportées :

1° les mots « qui a cessé de faire partie » sont remplacés par les mots « qui a cessé de faire partie ou est révoqué » ;

2° le § 3 est complété par la phrase suivante :

« Un membre révoqué conformément au § 2, alinéa 2, ne peut être désigné à nouveau au conseil d'administration pour la durée de mandat restante et suivante. »

Art. 5. À l'article 15 du décret du 13 novembre 2023 relatif aux mesures en matière de promotion de l'emploi et de placement, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'actuel alinéa 1^{er} devient le § 1^{er} ;

2° l'actuel alinéa 2 devient le § 2, alinéa 1^{er} ;

3° le § 2 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Sans préjudice des dispositions figurant dans le présent décret ou dans le droit commun en matière de droit de révocation, le Gouvernement peut, de sa propre initiative, sur proposition de l'une des instances de proposition prévues à l'article 14, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, ou sur proposition du comité de gestion, révoquer un membre qu'il a désigné au comité de gestion dans les conditions suivantes et à tout moment :

1° s'il peut être prouvé qu'il a commis une faute grave ou une négligence grave lors de l'exercice de son mandat ou

2° s'il peut être prouvé qu'il a effectué une action ou a eu un comportement incompatibles avec l'exercice de son mandat ou

3° s'il peut être prouvé qu'il ne respecte pas les principes démocratiques énoncés dans les textes juridiques énumérés ci-après ou, selon le cas, s'il est membre d'une organisation, d'un parti, d'une association ou d'une personne morale qui ne respecte pas lesdits principes :

- la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie, et

- la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste allemand pendant la seconde guerre mondiale.

Il est procédé à une révocation conformément à l'alinéa 2 après la tenue d'une audition préalable lors de laquelle le membre concerné peut se faire accompagner de la personne de son choix. Le Gouvernement fixe les autres modalités relatives à la procédure de révocation. » ;

4° l'actuel alinéa 3 devient le § 3 ;

5° au § 3, les modifications suivantes sont apportées :

1° les mots « qui a cessé de faire partie » sont remplacés par les mots « qui a cessé de faire partie ou est révoqué » ;

2° le § 3 est complété par la phrase suivante :

« Un membre révoqué conformément au § 2, alinéa 2, ne peut être désigné à nouveau au comité de gestion pour la durée de mandat restante et suivante. »

Art. 6. Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 2024.
Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur Belge*.
Eupen, le 6 mai 2024.

O. PAASCH,
Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
A. ANTONIADIS,
Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement
I. WEYKMANS,
La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias
L. KLINKENBERG,
La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

—————
Note

(1) Session 2023-2024
Documents parlementaires : 318 (2023-2024) n° 1 Proposition de décret
318 (2023-2024) n° 2 Avis du Conseil d'État
318 (2023-2024) n° 3 Propositions d'amendement
318 (2023-2024) n° 4 Rapport
318 (2023-2024) n° 5 Texte adopté en séance plénière
Compte rendu intégral : 6 mai 2024 - n° 73 Discussion et vote

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2024/203681]

6 MEI 2024. — Decreet tot afzetting van houders van een openbaar mandaat (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

Artikel 1. In artikel 8 van het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 8 november 2004, wordt een paragraaf 2.1 ingevoegd, luidende:

" § 2.1 - Met behoud van de toepassing van de bepalingen inzake afzettingsrecht vervat in dit decreet of in het algemene recht kan het Parlement op eigen initiatief, op voorstel van een van de in artikel 8, § 1, bedoelde fracties of op voorstel van de raad een door hem overeenkomstig paragraaf 2 aangesteld lid onder de volgende voorwaarden te allen tijde afzetten:

1° als kan worden bewezen dat het betrokken lid in de uitoefening van zijn mandaat een zware fout of een grove nalatigheid heeft begaan of

2° als kan worden bewezen dat het betrokken lid een handeling of een gedraging heeft gesteld die onverenigbaar is met de uitoefening van zijn mandaat of

3° als kan worden bewezen dat het betrokken lid de democratische beginselen die in de volgende rechtsteksten zijn vastgelegd, niet in acht neemt of lid is van een organisatie, partij, vereniging of rechtspersoon die de democratische beginselen die in de volgende rechtsteksten zijn vastgelegd, niet in acht neemt:

- wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden; en

- wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de Tweede Wereldoorlog door het Duitse nationaalsocialistische regime is gepleegd.

Een afzetting overeenkomstig het eerste lid vindt plaats na een voorafgaande hoorzitting ten overstaan van het door het Parlement aangestelde orgaan, waarbij het betrokken lid zich mag laten begeleiden door een persoon van zijn keuze.

Het Parlement kiest voor de resterende termijn een nieuw lid van de raad. Een afgezet lid is niet herkiesbaar voor de resterende mandaatstermijn, noch voor de daaropvolgende mandaatstermijn."

Art. 2. In artikel 18 van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's, gewijzigd bij het decreet van 16 januari 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 3, tweede lid, 4°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° § 3, tweede lid, wordt aangevuld met een bepaling onder 5°, luidende:

"5° wanneer de Regering een lid van de raad van bestuur overeenkomstig paragraaf 6 afzet."

3° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 6, luidende:

" § 6 - Met behoud van de toepassing van de bepalingen inzake afzettingsrecht vervat in dit decreet of in het algemene recht kan de Regering op eigen initiatief, op voorstel van een van de in artikel 17, § 1, bedoelde voordragende instanties of op voorstel van de raad van bestuur een door haar in de raad van bestuur benoemd lid onder de volgende voorwaarden te allen tijde afzetten:

1° als kan worden bewezen dat het betrokken lid in de uitoefening van zijn mandaat een zware fout of een grove nalatigheid heeft begaan of

2° als kan worden bewezen dat het betrokken lid een handeling of een gedraging heeft gesteld die onverenigbaar is met de uitoefening van zijn mandaat of

3° als kan worden bewezen dat het betrokken lid de democratische beginselen die in de volgende rechtsteksten zijn vastgelegd, niet in acht neemt of lid is van een organisatie, partij, vereniging of rechtspersoon die de democratische beginselen die in de volgende rechtsteksten zijn vastgelegd, niet in acht neemt:

- wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden; en

- wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de Tweede Wereldoorlog door het Duitse nationaalsocialistische regime is gepleegd.

Een afzetting overeenkomstig het eerste lid vindt plaats na een voorafgaande hoorzitting waarop het betrokken lid zich mag laten begeleiden door een persoon van zijn keuze. De Regering legt de nadere regels voor de afzettingsprocedure vast.

De Regering benoemt voor de resterende termijn een nieuw lid van de raad van bestuur. Een afgezet lid kan niet opnieuw als lid van de raad van bestuur worden benoemd voor de resterende mandaatstermijn, noch voor de daaropvolgende mandaatstermijn."

Art. 3. In artikel 22 van het decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven, gewijzigd bij het decreet van 13 november 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het huidige eerste lid wordt paragraaf 1;

2° het huidige tweede lid wordt paragraaf 2, eerste lid;

3° paragraaf 2 wordt aangevuld met een tweede en derde lid, luidende:

"Met behoud van de toepassing van de bepalingen inzake afzettingsrecht vervat in dit decreet of in het algemene recht kan de Regering op eigen initiatief, op voorstel van een van de in artikel 21, § 1, bedoelde voordragende instanties of op voorstel van het beheerscomité een door haar in het beheerscomité aangesteld lid onder de volgende voorwaarden te allen tijde afzetten:

1° als kan worden bewezen dat het betrokken lid in de uitoefening van zijn mandaat een zware fout of een grove nalatigheid heeft begaan of

2° als kan worden bewezen dat het betrokken lid een handeling of een gedraging heeft gesteld die onverenigbaar is met de uitoefening van zijn mandaat of

3° als kan worden bewezen dat het betrokken lid de democratische beginselen die in de volgende rechtsteksten zijn vastgelegd, niet in acht neemt of lid is van een organisatie, partij, vereniging of rechtspersoon die de democratische beginselen die in de volgende rechtsteksten zijn vastgelegd, niet in acht neemt:

- wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden; en

- wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de Tweede Wereldoorlog door het Duitse nationaalsocialistische regime is gepleegd.

Een afzetting overeenkomstig het tweede lid vindt plaats na een voorafgaande hoorzitting waarop het betrokken lid zich mag laten begeleiden door een persoon van zijn keuze. De Regering legt de nadere regels voor de afzettingsprocedure vast."

4° het huidige derde lid wordt paragraaf 3;

5° in paragraaf 3 worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het woord "aftreedt" wordt vervangen door de woorden "aftreedt of wordt afgezet";

2° de paragraaf wordt aangevuld met de volgende zin:

Een lid dat overeenkomstig § 2, tweede lid, wordt afgezet, kan niet opnieuw als lid van het beheerscomité worden aangesteld voor de resterende mandaatstermijn, noch voor de daaropvolgende mandaatstermijn."

Art. 4. In artikel 10 van het decreet van 22 mei 2023 tot oprichting van een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het huidige eerste lid wordt paragraaf 1;

2° het huidige tweede lid wordt paragraaf 2, eerste lid;

3° paragraaf 2 wordt aangevuld met een tweede en derde lid, luidende:

"Met behoud van de toepassing van de bepalingen inzake afzettingsrecht vervat in dit decreet of in het algemene recht kan de Regering op eigen initiatief, op voorstel van een van de in artikel 9, eerste lid, bedoelde voordragende instanties of op voorstel van de raad van bestuur een door haar in de raad van bestuur aangesteld lid onder de volgende voorwaarden te allen tijde afzetten:

1° als kan worden bewezen dat het betrokken lid in de uitoefening van zijn mandaat een zware fout of een grove nalatigheid heeft begaan of

2° als kan worden bewezen dat het betrokken lid een handeling of een gedraging heeft gesteld die onverenigbaar is met de uitoefening van zijn mandaat of

3° als kan worden bewezen dat het betrokken lid de democratische beginselen die in de volgende rechtsteksten zijn vastgelegd, niet in acht neemt of lid is van een organisatie, partij, vereniging of rechtspersoon die de democratische beginselen die in de volgende rechtsteksten zijn vastgelegd, niet in acht neemt:

- wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden; en

- wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de Tweede Wereldoorlog door het Duitse nationaalsocialistische regime is gepleegd.

Een afzetting overeenkomstig het tweede lid vindt plaats na een voorafgaande hoorzitting waarop het betrokken lid zich mag laten begeleiden door een persoon van zijn keuze. De Regering legt de nadere regels voor de afzettingsprocedure vast."

4° het huidige derde lid wordt paragraaf 3;

5° in paragraaf 3 worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het woord "verlaat" wordt vervangen door de woorden "verlaat of wordt afgezet";

2° de paragraaf wordt aangevuld met de volgende zin:

“Een lid dat overeenkomstig § 2, tweede lid, wordt afgezet, kan niet opnieuw als lid van de raad van bestuur worden aangesteld voor de resterende mandaatstermijn, noch voor de daaropvolgende mandaatstermijn.”

Art. 5. In artikel 15 van het decreet van 13 november 2023 houdende maatregelen ter bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het huidige eerste lid wordt paragraaf 1;

2° het huidige tweede lid wordt paragraaf 2, eerste lid;

3° paragraaf 2 wordt aangevuld met een tweede en derde lid, luidende:

“Met behoud van de toepassing van de bepalingen inzake afzettingsrecht vervat in dit decreet of in het algemene recht kan de Regering op eigen initiatief, op voorstel van een van de in artikel 14, § 1, eerste lid, bedoelde voordragende instanties of op voorstel van het beheerscomité een door haar in het beheerscomité aangesteld lid onder de volgende voorwaarden te allen tijde afzetten:

1° als kan worden bewezen dat het betrokken lid in de uitoefening van zijn mandaat een zware fout of een grove nalatigheid heeft begaan of

2° als kan worden bewezen dat het betrokken lid een handeling of een gedraging heeft gesteld die onverenigbaar is met de uitoefening van zijn mandaat of

3° als kan worden bewezen dat het betrokken lid de democratische beginselen die in de volgende rechtsteksten zijn vastgelegd, niet in acht neemt of lid is van een organisatie, partij, vereniging of rechtspersoon die de democratische beginselen die in de volgende rechtsteksten zijn vastgelegd, niet in acht neemt:

- wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden; en

- wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de Tweede Wereldoorlog door het Duitse nationaalsocialistische regime is gepleegd.

Een afzetting overeenkomstig het tweede lid vindt plaats na een voorafgaande hoorzitting waarop het betrokken lid zich mag laten begeleiden door een persoon van zijn keuze. De Regering legt de nadere regels voor de afzettingsprocedure vast.”

4° het huidige derde lid wordt paragraaf 3;

5° in paragraaf 3 worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1. het woord “verlaat” wordt vervangen door de woorden “verlaat of wordt afgezet”;

2. de paragraaf wordt aangevuld met de volgende zin:

Een lid dat overeenkomstig § 2, tweede lid, wordt afgezet, kan niet opnieuw als lid van het beheerscomité worden aangesteld voor de resterende mandaatstermijn, noch voor de daaropvolgende mandaatstermijn.”

Art. 6. Dit decreet treedt in werking op 1 september 2024.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 6 mei 2024.

O. PAASCH,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS,

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS,

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG,

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

—
Nota

(1) Zitting 2023-2024

Parlementaire stukken: 318 (2023-2024) Nr. 1 Voorstel van decreet

318 (2023-2024) Nr. 2 Advies van de Raad van State

318 (2023-2024) Nr. 3 Voorstellen tot wijziging

318 (2023-2024) Nr. 4 Verslag

318 (2023-2024) Nr. 5 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 6 mei 2024 - Nr. 73 Bespreking en aanneming

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/202572]

27. APRIL 2023 — **Erlaß der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 28. Mai 2009 über die Bescheinigungen, Nachweise, Brevets, Zeugnisse, Diplome und Zusatzdiplome zur Bestätigung der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Studien**

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;